News Archiv 2018

2018-10-22 16:33

Einigung auf Basis für Verhandlungen bei Beamtengehältern

Regierung und younion _ Die Daseinsgewerkschaft sowie die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) haben heute in der ersten Runde der Gehaltsverhandlungen eine Inflationsrate von 2,02 Prozent für die weiteren Gespräche außer Streit gestellt. Diesen Wert haben Expertinnen und Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) für die Zeit von Oktober des Vorjahres bis September dieses Jahres errechnet.

Außerdem hat man sich auf ein Wirtschaftswachstum von 3,0 Prozent als Basis für die Verhandlungen verständigt. Das teilten die Verhandler nach der ersten Runde mit. Weiters hat man sich als Ziel gesetzt, die Verhandlungen so rechtzeitig abzuschließen, dass das neue Gehaltsabkommen mit 1.1.2019 in Kraft treten kann.

Fortgesetzt werden die Verhandlungen am 12. November. Dann will die Gewerkschaft auch konkrete Zahlen und Forderungen auf den Tisch legen. Bis dahin sollen in Untergruppen die Wirtschaftsdaten noch vertieft werden.

Read more … Einigung auf Basis für Verhandlungen bei Beamtengehältern

2018-10-22 07:22

Beamtengehaltsverhandlungen starten

Nach den Metallern steigen die Beamten als zweite große Berufsgruppe heute in die herbstlichen Gehaltsverhandlungen ein. Für die Regierung wird dabei erstmals der für die Beamten zuständige Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) am Verhandlungstisch sitzen.

Eine konkrete Forderung der younion _ Die Daseinsgewerkschaft und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) oder ein Angebot der Regierung wird es zum Auftakt noch nicht geben. In der ersten Runde werden traditionsgemäß unter Beiziehung von Fachleuten des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die für die Verhandlungen maßgebliche Inflationsrate von Oktober des Vorjahres bis September dieses Jahres erörtert.

Eine Abgeltung will die Gewerkschaft auch für die „besonderen Belastungen“ und den „großen Einsatz aller öffentlich Bediensteten“. Das Beamtenministerium hatte angekündigt, einen Abschluss der Verhandlungen so rechtzeitig anzustreben, dass ein Beschluss spätestens im Dezember im Nationalrat erfolgen kann, um ein Inkrafttreten mit 1. Jänner 2019 zu ermöglichen.

Für heuer hatten die öffentlich Bediensteten bei einer Inflationsrate von 1,87 Prozent eine Gehaltserhöhung um 2,33 Prozent bekommen. Die Metaller sind jetzt mit einer Forderung von fünf Prozent in ihre Verhandlungen gestartet.

Read more … Beamtengehaltsverhandlungen starten

2018-10-19 16:37

Kassenreform: ÖGB übt Kritik und will Verhandlungen

Der ÖGB übt in seiner Begutachtungsstellungnahme wie erwartet harte Kritik an der geplanten Reform der Sozialversicherungen. Präsident Wolfgang Katzian meinte heute bei der Präsentation, dass die Regierungspläne nicht vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) halten werden, und forderte neue Verhandlungen. Gleichzeitig kündigte er auch neue Proteste der Gewerkschaft an. „Das ist keine Reform, sondern ein Anschlag auf die Versorgung der Versicherten.“

Weitere „öffentliche Aktivitäten“ angekündigt

Katzian befürchtet, dass die Regierung ihre Pläne schon am Mittwoch im Ministerrat beschließen und die zahlreichen kritischen Stellungnahmen, u. a. vom Rechnungshof, vom Tisch wischen werde. Er sei „sehr skeptisch“, dass die vielen Anregungen in den verbleibenden vier Tagen noch eingearbeitet werden können.

Der ÖGB werde sich mit seinen Abgeordneten in den zwei dazu geplanten Sitzungen des Sozialausschusses einbringen, aber auch außerhalb des Parlaments seine „öffentlichen Aktivitäten“ fortsetzen. Auf die Frage, ob damit weitere Demonstrationen gemeint sind, sagte Katzian: „Man wird unseren Protest in der Öffentlichkeit wahrnehmen.“

Entwurf in mehreren Punkten „massiv verfassungswidrig“

So wie andere Organisationen hält auch der ÖGB den Gesetzesentwurf in mehreren Punkten für „massiv verfassungswidrig“. Die Gewerkschaft werde sich an den VfGH wenden, wenn einzelne Personen davon betroffen sind, werde man diese unterstützen. Katzian geht aber davon aus, dass vorher schon andere Möglichkeiten genutzt werden, etwa eine Beschwerde eines Drittels der Abgeordneten.

Für den ÖGB ist die geplante Reform „im Endeffekt ein Angriff auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen im Rahmen der Selbstverwaltung sowie durch die Zerschlagung bestehender, gut funktionierender Strukturen, eine Gefahr für die Versorgung von über sieben Mio. Versicherten“, heißt es in der Begutachtungsstellungnahme. Es drohen „gravierende Verschlechterungen, vor allem für derzeit GKK-versicherte Personen“. Der ÖGB fordert daher „einen Neustart mit einer Rückkehr zu intensiven Verhandlungen mit Experten“.

Read more … Kassenreform: ÖGB übt Kritik und will Verhandlungen

2018-10-17 11:08

Kassenreform: Regierung greift weiter in die Geldbörsen der Beschäftigten

AK-Wieser kritisiert Ende der Beitragsprüfung durch die Krankenkassen

St. Pölten (OTS) - Die Bundesregierung plant im Zuge der Kassenreform, dass die GPLA-Prüfung (Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben) abgeschafft werden soll. Alleine im Jahr 2017 wurden durch die Prüfungen, die bisher von den Gebietskrankenkassen durchgeführt wurden, festgestellt, dass Unternehmen in Österreich 129 Millionen Euro an zu wenig an Sozialabgaben bezahlt haben. 17 Millionen davon allein in Niederösterreich. „Diese Prüfungen, wo es um Beiträge der ArbeitnehmerInnen geht, die sich vom Gehalt bis zur Pensionshöhe auswirken, sollen jetzt entfallen“, so AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.

Die Bundesregierung will in Zukunft Unternehmen viel weniger streng prüfen. Dass der Salzburger ÖVP-Landesrat Christian Stöckl diese Maßnahmen am Mittwoch auch noch verteidigt und behauptet, man habe Probleme, wenn bei den bisherigen Prüfungen „das Gesetz extrem genau ausgelegt“ werde, zeigt, was diese „Reform“ wirklich im Sinne hat. „Diese Bundesregierung zeigt damit einmal mehr, dass sie nur im Interesse der Großkonzerne handelt. Gelder, die den ArbeitnehmerInnen zustehen, sollen in Zukunft nicht mehr eingefordert werden können. Und dafür wird auch noch die Gesundheits-Versorgung durch eine sündteure Scheinreform aufs Spiel gesetzt“, so AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.

Read more … Kassenreform: Regierung greift weiter in die Geldbörsen der Beschäftigten

2018-10-10 06:14

FSG-Fetik zu Karenzzeiten: Thema zu wichtig für billige PR-Inszenierungen

Regierung blockiert Verbesserungen für Frauen

„ÖVP und FPÖ haben im heutigen Sozialausschuss Verbesserungen im Bereich Karenzanrechnung verhindert. Sie wollen nur billige PR-Inszenierung und keine Verbesserungen für Frauen“, so Ilse Fetik, Bundesfrauenvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB (FSG). Diese Regierung, die sich Veränderung als Ziel vornimmt und ständig ihre Handlungsfähigkeit in den Vordergrund stellt, ist unwillig, wenn es darum geht, Frauen zu unterstützen und die gesetzliche Karenzanrechnung zu beschließen.

„Wir GewerkschafterInnen werden jedenfalls den harten und zähen Kampf um die volle Anrechnung der Karenzzeiten auf der kollektivvertraglichen Ebene weiterführen. Wöginger und Co. sollen ihren Einfluss bei ihren Parteifreunden in der Wirtschaft geltend machen. Genau diese blockieren in den Kollektivvertragsverhandlungen unseren berechtigten Forderungen. Unsere Erwartungshaltung ist aber endend wollend, weil sich schon in Sachen Arbeitszeitgesetz oder Sozialversicherungsreform gezeigt hat, dass die so genannten ArbeitnehmerInnenvertreter der ÖVP, wenn es darauf ankommt, unter dem Druck des Industrie- und Wirtschaftsflügels einknicken, so Fetik abschließend.

Read more … FSG-Fetik zu Karenzzeiten: Thema zu wichtig für billige PR-Inszenierungen

2018-10-04 13:14

FSG trauert um Herbert Tumpel

Glühender Kämpfer für Rechte der ArbeitnehmerInnen und Mensch mit großem Herz

„Herbert Tumpels viel zu früher Tod macht uns unendlich traurig. Wir haben mit Herbert Tumpel nicht nur einen glühenden Kämpfer für die Rechte der ArbeitnehmerInnen verloren, sondern auch einen guten Freund“, zeigt sich der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, Rainer Wimmer, über das Ableben des früheren Arbeiterkammerpräsidenten tief betroffen. „Tumpel war nie um deutliche Worte verlegen und er hat keine Auseinandersetzung gescheut, wenn es darum gegangen ist, Verbesserungen für die Beschäftigten in Österreich zu erzielen. Besonders ausgezeichnet haben ihn seine Handschlagqualität und Geradlinigkeit. Er war ein Mensch mit großem Herz, auf den man sich in jeder Situation verlassen konnte. Unsere Gedanken sind nun bei seiner Frau, der wir unser Mitgefühl aussprechen und in diesen traurigen Stunden viel Kraft wünschen“, so der Gewerkschafter abschließend.

Read more … FSG trauert um Herbert Tumpel

2018-10-03 15:34

FSG: Regierung macht Gesundheitspolitik für Reiche, ArbeitnehmerInnen zahlen die Zeche

Kosten für FunktionärInnen der Selbstverwaltung gering – Regierung hat bewusst die Unwahrheit gesagt

„Es wird immer deutlicher, wohin die Reise geht: In Richtung einer Gesundheitspolitik, die die Reichen begünstigt, während die ArbeitnehmerInnen die Zeche zahlen müssen“, kommentiert der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Rainer Wimmer, die Erhöhung der Mittel für Privatspitäler im Zuge des Umbaus der Sozialversicherung um 14,7 Millionen Euro. „Die Kosten für den Fonds werden zu zwei Dritteln von den Gebietskrankenkassen finanziert. Auch Personen mit kleinen Einkommen, die sich nie den Besuch einer Privatklinik leisten können, werden gezwungen, hier mitzufinanzieren“, so Wimmer.

Ebenso wurde nun eindeutig widerlegt, dass die Reduzierung der FunktionärInnen in der Selbstverwaltung eine Milliarde für die für die Patienten bringe. „Wie sich gezeigt hat, machen die Kosten der Selbstverwaltungsgremien weniger als ein Zehntausendstel der Gesamtkosten in der Sozialversicherung aus. Die Regierung hat bewusst die Unwahrheit verbreitet, um die vielen ehrenamtlichen FunktionärInnen in Misskredit zu bringen. Schwarz und Blau sollen endlich zugeben, dass es ihnen nur darum geht, die Vertreter der ArbeitnehmerInnen zurückzudrängen und die Wirtschaft zu begünstigen. Die Patientinnen und Patienten spielen dabei nicht einmal eine Nebenrolle“, sagt Wimmer.

Der Gewerkschafter weist erneut darauf hin, dass mit dem Umbau in der Sozialversicherung Verschlechterungen für die Versicherten zu erwarten seien. „Es hat sich gezeigt, dass die Kosten für die Reform exorbitant sein werden. Allein die Fusion der Krankenkassen kostet 500 Millionen Euro und die AUVA muss mit einer Mehrbelastung von rund 600 Millionen rechnen. Um diese Kosten aufzufangen wird es Einschnitte bei den Leistungen oder Selbstbehalte geben müssen. Bei der Reform geht es also nicht um die PatientInnen, sondern um die Machtkonzentration der Regierung und ihrer Geldgeber“, sagt Wimmer abschließend.

Read more … FSG: Regierung macht Gesundheitspolitik für Reiche, ArbeitnehmerInnen zahlen die Zeche

2018-09-29 09:01

Gewerkschaft wirft AUVA-Führung „Spitzelauftrag“ vor

Die Leitung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) hat ihre Führungskräfte aufgefordert, herauszufinden, wer in Krankenhäusern und Rehabzentren regierungskritische Unterschriftenlisten aufgelegt hat. Das geht aus einem Schreiben der AUVA-Führung hervor, das die Gewerkschaft gestern veröffentlicht hat. Verschickt wurde das Schreiben laut GPA am Mittwoch an ausgewählte Führungskräfte.

Ofner: E-Mail „ohne meine Kenntnis“ verfasst

Als Absender der E-Mail scheint Gustav Kaippel auf, der erste Generaldirektor-Stellvertreter der AUVA. Er bittet anscheinend im Auftrag des AUVA-Obmanns Anton Ofner darum, herauszufinden, ob eine Unterschriftenliste im jeweiligen UKH bzw. Rehabzentrum aufgelegt wurde, deren Text der Regierung vorwirft, die Gesundheit von fünf Mio. Österreicherinnen und Österreichern aufs Spiel zu setzen. „Des Weiteren ersuche ich um Mitteilung, wer diese Listen aufgelegt hat“, schreibt Kaippel.

AUVA-Obmann Anton Ofner betonte gestern Abend, er habe von dem Schreiben keinerlei Kenntnis gehabt. „Die gegenständliche E-Mail-Nachricht wurde ohne meine Kenntnis, geschweige denn meine Zustimmung, verfasst“, erklärte Ofner in einer der APA vorliegenden schriftlichen Stellungnahme.

100.000 Personen unterschrieben Liste

GPA-Bundesgeschäftsführer Karl Dürtscher spricht von einem „Spitzelauftrag“. AUVA-Betriebsratschef Erik Lenz kritisiert die Vorgehensweise der AUVA-Führung als „skandalös“: „Wir leben in einem freien Land, in dem Presse- und Meinungsfreiheit gelten.“ Die fraglichen Unterschriftenlisten seien von über 100.000 Personen unterschrieben worden, seien (im Mai, Anm.) dem Sozialministerium übergeben worden und hätten einen essenziellen Beitrag dazu geleistet, die Existenz der AUVA abzusichern.

Die Gewerkschaft befürchtet, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für politische Meinungsäußerungen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bedroht werden sollen. Das deshalb, weil Kaippel in seiner E-Mail darauf hinweist, dass Mitarbeiter laut Dienstordnung „die Interessen und das Ansehen des Versicherungsträgers zu wahren und zu fördern“ hätten, sowie zu „tadellosem Verhalten in und außer Dienst“ verpflichtet seien.

Read more … Gewerkschaft wirft AUVA-Führung „Spitzelauftrag“ vor

2018-09-29 08:14

FSG YOUNG younion: Für den Jugendvertrauensrat! Für die Demokratie!

Trotz massiver Proteste plant die Bundesregierung nach wie vor, die Jugendvertrauensräte abzuschaffen, obwohl selbst türkise und blaue Landesverbände gegen die Streichung auftreten. So sprachen sich unlängst ÖVP und FPÖ im oberösterreichischen Landtag gegen die völlig willkürliche Abschaffung der Lehrlings-VertreterInnen aus.

In Wien bleiben ÖVP und FPÖ allerdings klar auf Regierungslinie – und unterstützten eine von SPÖ und GRÜNEN eingebrachte Resolution zum Erhalt des Jugendvertrauensrates nicht.

Nicolai Wohlmuth, Vorsitzender der FSG YOUNG younion, ist empört: „Tagtäglich setzen sich demokratisch gewählte Jugendvertrauensräte für die gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Interessen der jungen ArbeitnehmerInnen ein. Ihnen so in den Rücken zu fallen, ist ungeheuerlich! Was wollen ÖVP und FPÖ den Jugendlichen damit sagen? Hört auf euch zu engagieren? Wir brauchen eure neuen Ideen nicht?“

Wohlmuth abschließend: „Gemeinsam mit dem Angriff auf die Pressefreiheit wird es immer klarer, was die Regierung von Demokratie hält. Aber sie soll sich nicht zu früh freuen. Wir werden weiter füreine starke betriebliche Jugendvertretung kämpfen!“

Read more … FSG YOUNG younion: Für den Jugendvertrauensrat! Für die Demokratie!

2018-09-26 11:44

NR: Regierung verteidigt Kassenreform

Die Regierungsparteien haben im Nationalrat ihre Pläne zur Reform der Sozialversicherungen und Krankenkassen gegen Oppositionskritik verteidigt. „Die Strukturreform in der Sozialversicherung ist der Beginn einer Gesundheitsreform“, sagte Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) heute bei einer Aktuellen Stunde zum Thema „Faire Arbeitswelt und soziale Sicherheit“.

Katzian spricht von „Abwehrkampf“

Zuvor übte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian (SPÖ) in seiner Abschiedsrede als Nationalratsabgeordneter Kritik an der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Regierung. Katzian ließ kein gutes Haar an den von ÖVP und FPÖ eingeführten neuen Arbeitszeitregeln inklusive Zwölfstundentag.

Zugleich werde die Sozialpartnerschaft von der Regierung „beiseitegeschoben“, Gewerkschafter würden „unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus entsorgt“. Der ÖGB-Chef sprach deshalb von einem notwendigen „Abwehrkampf“ gegen Verschlechterungen in der Arbeitswelt und im Sozialbereich.

Wöginger fordert Lösungen

Hartinger-Klein wies die Kritik des ÖGB-Chefs zurück. Die Regierung stelle bei der Krankenkassenreform die Versicherten in den Mittelpunkt. Die letzte Regierung habe die Patienten und Patientinnen in die Ambulanzen und zu den Wahlärzten und Wahlärztinnen geschickt. Das wolle man mit mehr Kassenverträgen und einer besseren Abstimmung mit dem stationären System verändern.

ÖVP-Klubobmann und -Sozialsprecher August Wöginger dankte Katzian für die konstruktive Zusammenarbeit, gab dem ÖGB-Chef aber auf den Weg die Botschaft mit, dass die Sozialpartnerschaft Lösungen erarbeiten müsse. „Denn wenn keine Lösungen auf dem Tisch liegen, dann wird diese Regierung handeln“, sagte Wöginger.

„Reine Showpolitik“

Die neue SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, die erstmals in der ersten Reihe das Nationalrats auf dem Platz der Klubobfrau Platz nahm, brach bei ihrem Auftritt eine Lanze für die Sozialpartnerschaft und kritisierte die Sozialpolitik der Regierung.

NEOS-Sozialsprecher Gerald Loacker warf der Regierung „reine Showpolitik“. Liste-Pilz-Klubobmann Bruno Rossmann kritisierte die Regierung, für Verschlechterungen für das untere Einkommensdrittel verantwortlich zu sein.

Read more … NR: Regierung verteidigt Kassenreform